

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 14. Oktober 1985

Blatt 2601

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) Silberne Ehrenmedaille für Prof. Mautner
"Vom Tragsessel zur U-Bahn" in Hernals
Ehrenzeichen des Landes Wien
Europas erstes unterirdisches WC wird saniert
- Politik:
(rosa) Zilk: Bekenntnis zur Landesverteidigung
- Kommunal:
(rosa) Wiener Landtag
ÖVP-Wien für Transparenz bei Anstellungs- und
Vergabevorgängen
- Lokal:
(orange) Pflanzenkläranlage für Sickerteich
104. Geburtstag in Liesing
- Nur
über FS: 11.10. 600 Ballen Stroh brannten
14.10. Straßenbahnstörung auf den Linien "25" und "26"
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Hochprozentige Schwefelsäure ausgeflossen

.....
Bereits am 11. Oktober 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Silberne Ehrenmedaille für Prof. Mautner

15 #Wien, 11.10. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Freitag an Univ.-Prof. Dr. Franz H. MAUTNER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber.#

Prof. Mautner, der nach seiner Emigration im Jahr 1938 an verschiedenen amerikanischen Universitäten lehrte, hat sich in zahlreichen Publikationen mit der Wiener Literatur auseinandergesetzt. Seine Nestroy-Biographie und sein Werk über die Wiener Volkskomödie zählen zu den Standardwerken auf diesem Gebiet.
(Schluß) gab/rb

NNNN

.....
Bereits am 12. Oktober 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

"Vom Tragsessel zur U-Bahn" in Hernals

1 #Wien, 12.10. (RK-LOKAL) Die mit großem Erfolg gezeigte Ausstellung "Vom Tragsessel zur U-Bahn" ist nun bis Ende Dezember jeden Montag von 16 bis 20 Uhr sowie jeden 1. und 3. Sonntag im Monat von 10 bis 12 Uhr im Bezirksmuseum Hernals, 17, Elterleinplatz, im Gebäude der Zentralsparkasse, zu sehen. #

Die Sonderausstellung wird am Montag, dem 14. Oktober, um 18 Uhr von Bezirksvorsteher Robert PFLEGER nach einleitenden Worten von Senatsrat Dr. Hertha WOHLRAB (Landesarchiv) eröffnet.

#Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Schau, die durch zahlreiche Exponate des Bezirksmuseums Hernals erweitert wurde, zeigt die Entwicklung des Wiener Straßenverkehrs bis zum "Silberpfeil" der U-Bahn. #

(Schluß) am/gg

NNNN

.....
Bereits am 12. Oktober 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrenzeichen des Landes Wien

2 Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter
Hans MAYR überreichte Freitag abend im Spiegelsaal des
Wilhelminenschlosses an drei Geschäftsleute der Thaliastraße, die
viel am 25jährigen Bestand der "Arbeitsgemeinschaft Thaliastraße"
mitgewirkt haben, Ehrenzeichen des Landes Wien. Das Goldene
Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten Dkfm. Wilhelm KLOUCEK,
Kommerzialrat Leo NAGY und Johann RIEHS. (Schluß) sei/gg

NNNN

.....
Bereits am 13. Oktober 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Europas erstes unterirdisches WC wird saniert

1 #Wien, 13.10. (RK-LOKAL) Eine der ersten unterirdischen WC-Anlagen Europas, das Jugendstil-WC am Graben, wird nun um 6,5 Millionen Schilling saniert. Die Bedürfnisanstalt wurde 1904 errichtet und wird nun stilgetreu restauriert - mit Unterstützung des Kulturamts. Die Sanierung soll Mitte 1986 abgeschlossen sein. #
(Schluß) hrs/gg

NNNN

Pflanzenkläranlage für Sickerteich

2 #Wien, 14.10. (RK-LOKAL) Die Sickerteichanlage Laimergrube im Bereich Stammersdorf soll eine Pflanzenkläranlage erhalten: Das beschloß der Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst. Eine ähnliche Kläranlage hat sich bereits im Lainzer Tiergarten gut bewährt: Abwässer werden dabei mittels Schilf und Binsen gereinigt. Nun ist auch für die Laimergrube, eine ehemalige Kiesgrube, ein entsprechendes Reinigungsverfahren für die Abwässer geplant. Die Pflanzenkläranlage soll 1986/87 entstehen.#

Die Laimergrube befindet sich in Stammersdorf, südlich der Luckenschwemmgasse. Die ehemalige Kiesgrube hat die Aufgabe, die bei starkem Regen von den Abhängen des Bisamberg herabströmenden Niederschlagswasser des Ortsgrabengerinnes und der Hagenbrunner Straße versickern zu lassen. Diese Niederschläge bringen Erde und Schlamm mit; daher wird nun bei der Laimergrube ein Sandfang errichtet.

Zusätzlich münden in die Sickerteichanlage allerdings auch die Klärabwässer verschiedener Wohnbauten ein. Auch das normale Regenwasser kann mit Schadstoffen verschiedener Verursacher belastet sein. Da das Einströmen dieses verunreinigten Wassers in den Grundwasserbereich vermieden werden muß, wird die MA 45 daher nun eine Pflanzenkläranlage errichten. Die Abwässer werden dabei durch Wurzelraumentzung gereinigt und versickern erst nach dieser Reinigung. (Schluß) hrs/gg

NNNN

Zilk: Bekenntnis zur Landesverteidigung

6 Wien, 14.10. (RK-POLITIK) Die immerwährende Neutralität sei ohne den Aufbau einer glaubwürdigen, umfassenden Landesverteidigung nicht möglich, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Wochenende beim 5. Bundestag der österreichischen Offiziersgesellschaft. Landesverteidigung sei nicht die Sache einiger weniger Fachleute, sondern Anliegen des ganzen Volkes.

In den letzten Jahren sei in der Politik eine Entwicklung eingetreten, in der immer mehr das Trennende und immer weniger das Gemeinsame betont werde, meinte Zilk. Er sei froh, daß die umfassende Landesverteidigung hier eine der wenigen Ausnahmen darstelle. Dieses Thema als gemeinsames Anliegen zu betrachten und innenpolitisch weitgehend außer Streit zu stellen, sollte auch in anderen Bereichen der Politik Schule machen, sagte der Bürgermeister.
(Schluß) red/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages begann Montag unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Günter SALLABERGER (SPÖ) mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOVICZ (FPÖ), welche Maßnahmen zum Schutze des Wienerwaldes bisher umgesetzt wurden, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK (SPÖ), neben den eingeleiteten Maßnahmen wie z.B. dem Filtereinbau in den Müllverbrennungsanlagen und in den Kraftwerken wird der Verfassungsschutz für den Wienerwald die wichtigste Maßnahme sein. Er, Zilk, erwarte sich von dieser in der nächsten Landtagssitzung zu beschließenden Maßnahme eine Vorbildwirkung für das Land Niederösterreich. Das sei umso entscheidender, als ja der größte Teil des Wienerwaldes auf niederösterreichischem Gebiet liegt. Der Verfassungsschutz für den Wienerwald ist jedenfalls höher einzustufen als der Vorschlag der FPÖ, den Wienerwald nach dem Forstgesetz zum "Bannwald" zu erklären.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), wie der aktuelle Stand der Verhandlungen mit dem Finanzminister über steuerliche Anreize für die Stadterneuerung sei, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK (SPÖ), er bedauere, daß er sich mit seinen Vorschlägen zur steuerlichen Gleichstellung der Stadterneuerung noch nicht durchgesetzt habe. Vor allem die Beamtenschaft im Finanzministerium befürchte bei einer Gleichstellung einen hohen Steuerausfall, während man von Wiener Seite sich über die Ankurbelung der Stadterneuerung - im Gegensatz dazu - neue Steuereinnahmen erwarte. Er, Zilk, hoffe jedoch, daß er sein Vorhaben innerhalb dieser Legislaturperiode verwirklichen könne. (Forts.) sei/rr

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) erkundigte sich in der DRITTEN ANFRAGE, in welcher Form das Land Wien in die Planungsarbeit der DOKW AG für die Staustufe Wien eingebunden ist. Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) erklärte, daß das Land Wien über einen dreifachen Einfluß auf die Planung verfüge. Nicht nur die Detailplanungen werden im Einvernehmen mit Wien durchgeführt, auch die Wiener Ökologiekommission sowie die paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe Staustufe Wien sorgen für die Wahrung der Wiener Interessen. Auf die ZUSATZFRAGE, ob die Öffentlichkeit über die laufenden Arbeiten an der Staustufe Wien informiert werde, verwies Braun auf die verschiedenen Publikationen, Vorträge und Ausstellungen zu diesem Thema.

LABg. Dr. KRASSER (ÖVP) stellte an Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) die VIERTE ANFRAGE, wann das zugesagte, nicht öffentliche Hearing über die rechtliche Regelung der Landstreicherei in Wien stattfindet. Die Stadträtin erklärte, daß der Termin mit 28. November, 11 Uhr, festgesetzt wurde. Bei diesem Hearing werde außerdem die Frage der Lärmbekämpfung, der Ehrenkränkung und der Bettelerei zur Sprache kommen, erklärte Seidl. (Forts.) lei/gg

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) 240 Architekten und Techniker haben sich mit rund 60 Projekten an der Ideenkonkurrenz Gürtel beteiligt, beantwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. Ing. RIEDLER (SPÖ). Es sei damit gelungen, ein großes intellektuelles und fachliches Potenzial für die Lösung dieser städtebaulichen Aufgabe zu mobilisieren. Die nächsten Schritte, wie die Prüfung der Anwendbarkeit der Projekte auf die verschiedenen Problemkreise, sind bereits in Angriff genommen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP), ob die rechtlichen Bestimmungen des Wiener Gebrauchsabgabegesetzes bei der Aufstellung von verschiedenen Werbeträgern diverser Zeitungen wahrgenommen würden, antwortete StR. Ing. HOFMANN, die beanstandeten Werbeträger würden laufend von der MA 48 entfernt. Die Anträge von zwei Printmedien zur Aufstellung von Zeitungskastendepots lägen derzeit vor. Auf die ZUSATZFRAGE, ob es beabsichtigt sei, zum Beispiel Bürgerinitiativen eine Erleichterung des Gebrauchsabgabegesetzes zu ermöglichen, damit nurmehr die polizeiliche Erlaubnis zur Aufstellung solcher Werbeträger notwendig sei, antwortete Hofmann, dies werde im zuständigen Ausschuß überlegt werden.

(Forts.) je/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von Labg. Ing. WORM (ÖVP), welche Maßnahmen vom Land Wien getroffen wurden, um beim Wasserwirtschaftsfonds die Finanzierung der Sanierung des "Entsorgungskombinates EBS/HKA" sicherzustellen, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß das Land Wien Ende September das entsprechende Projekt beim Wasserwirtschaftsfonds eingereicht hat. Das Projekt steht an erster Stelle der Wiener Wünsche an den Wasserwirtschaftsfonds.

Auf die ACHTE ANFRAGE von Labg. Mag. KAUER (ÖVP), wann der Entwurf eines neuen Wiener Kinogesetzes zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird, sagte StR. MRKVICKA (SPÖ), daß dies noch Ende 1985 der Fall sein soll. Vorgespräche mit Vertretern der entsprechenden Fachgruppen und der Gewerkschaft sind im Gange.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von Labg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Verhandlungen es mit den Bundesdienststellen bezüglich des Einspruches der Bundesregierung zur 3. Sozialhilfegesetzesnovelle gegeben hat, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß die Verhandlungen derzeit laufen. Die Einsprüche betreffen den Status der Asylwerber und formalrechtliche Bedenken. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

9 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von Labg. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) nach der weiteren Vorgangsweise im Zusammenhang mit dem Ausbau der B 225 (B 228) durch Simmering antwortete StR. RAUTNER (SPÖ), daß wegen der Wichtigkeit der angrenzenden Gebiete für die Wiener Nahversorgung Umwelterhebungen stattgefunden haben. Das Ergebnis: im allgemeinen keine Richtwertüberschreitung beim Grundwasser, bei Schwermetallen, Brom und Nitraten. Die Werte entsprechen im wesentlichen jenen anderer vergleichbarer Städte. Der Straßenausbau sei aus Verkehrsgründen zweckmäßig, und es werden geeignete Umweltschutzeinrichtungen vorgesehen. Die zuständige Fachabteilung erhält nun den Auftrag, die Realisierung zu planen. Die Umweltschutzgutachten seien in erster Linie Entscheidungshilfen für die Entscheidungsträger, sagte Rautner. Er schloß jedoch nicht aus, daß auch andere Interessierte, wie etwa Bürgerinitiativen Einblick nehmen könnten. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (6)

Utl.: Personalvertretungsgesetz

10 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde setzte der Wiener Landtag die Sitzung mit der normalen Tagesordnung fort. Auf Ersuchen von Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) wurde die Novellierung des Müllabfuhrgesetzes 1965 von der Tagesordnung abgesetzt.

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte als Berichterstatterin ein neues Personalvertretungsgesetz für die Gemeindebediensteten, durch das die Personalvertretung eine gesetzliche Grundlage erhält.

LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) begrüßte das Gesetz, vor allem sind die besseren Möglichkeiten positiv zu beurteilen, meinte Hirnschall. Er kritisierte jedoch, daß es für Akademiker, Maturanten, C- und D-Bedienstete, noch immer eigene Personalgruppenausschüsse gäbe. Das sei nicht mehr zeitgemäß.

Die Einführung einer eigenen Personalvertretungsumlage müßte eigentlich zu einer Reduzierung des Gewerkschaftsbeitrages führen, meinte Hirnschall weiter. Wenn die Personalvertretung nun auch soziale Belange wahrnehme, erspare sich die Gewerkschaft auf der anderen Seite Ausgaben. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Personalvertretungsgesetz

12 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP bekennt sich zu dem vorliegenden Entwurf des Personalvertretungsgesetzes für die Wiener Gemeindebediensteten. Seine Fraktion sei immer für eine Ausweitung der Mitbestimmung eingetreten, dies müsse auch für den öffentlichen Dienst gelten, erklärte LABg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP). Er betonte die Wichtigkeit der Aufgabenteilung zwischen Gewerkschaft und Personalvertretung, nicht zuletzt deshalb, weil die Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft auf Freiwilligkeit beruht. Da von sozialistischer Seite die Gewerkschaft immer als "Zwilling" der Partei angesehen werde, müsse besonders darauf geachtet werden, daß die Personalvertretung die Interessen der Dienstnehmer in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt. Durch die innerbetriebliche Mitbestimmung über die Personalvertretung werde der kollektive, allgemeine Vertretungsanspruch der Gewerkschaft ergänzt.

Der vorliegende Entwurf stellt einen Konsens langer Verhandlungen dar. Diese Konsensbereitschaft habe auch einen gemeinsamen ABÄNDERUNGSANTRAG der SPÖ und der ÖVP zur Folge, wodurch noch weitere Verbesserungen erzielt werden könnten.

Als unerfüllten Wunsch bezeichnete Engelmayer das Recht auf Briefwahl, das im vorliegenden Gesetzesentwurf nicht berücksichtigt wurde. Er brachte einen entsprechenden ABÄNDERUNGSANTRAG ein. Ein weiterer ABÄNDERUNGSANTRAG betraf die Personalvertretungsumlage, die monatlich bis zu einem halben Prozent des Bruttobezuges eingehoben werden kann. Die Einhebung und Höhe dieser Umlage sollte vielmehr durch eine Urabstimmung festgesetzt werden, schloß Engelmayer.

(Forts.) lei/gg

Wiener Landtag (8)

Utl.: Personalvertretungsgesetz

13 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Er halte, erklärte LABg. KOPFENSTEINER (SPÖ), das nun zu beschließende Personalvertretungsgesetz für einen Meilenstein für Bedienstete und Dienstgeber. Ab nun werde für 64.000 Bedienstete der Stadt Wien ein einheitliches Recht GÜLTIGKEIT haben. Damit seien österreichweit 80.000 Gemeindebedienstete durch ein geltendes Personalvertretungsgesetz erfaßt. Die Regelung, einerseits Dienststellenbereich, andererseits Personalgruppenbereich, habe sich im Hinblick auf die Probleme jeder einzelnen Berufsgruppe bestens bewährt. Wenn man betreffend die Briefwahl das Beispiel des Bundes zitiere, so sei dazu zu sagen, schloß Kopfensteiner, daß es im Bereich der Stadt Wien weder Diplomatische Dienste noch ausländische Vertretungen gäbe.

(Forts.) je/rr

Wiener Landtag (9)

Utl.: Personalvertretungsgesetz

14 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. PETRIK (ÖVP) bezeichnete das Personalvertretungsgesetz als sinnvollen Schritt, dem freilich ein zweiter bezüglich der Besetzung von Posten im Bereich der Stadt Wien folgen müßte. Hier wäre eine Transparentmachung und eine Objektivierung am Platz, sagte Petrik und wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß sich Landeshauptmann Dr. ZILK ebenfalls für eine Postenvergabe auf Grund von Leistungskriterien ausgesprochen habe. In diesem Sinn forderte Petrik für den öffentlichen Dienst und insbesondere für die Vergabe von Lehrerposten und die Besetzung von Leiterposten in Schulen die öffentliche Ausschreibung aller Positionen und die Vergabe nach objektiven Kriterien. Petrik stellte einen entsprechenden ANTRAG, in dem für die Besetzung offener Stellen die öffentliche Bekanntmachung, die Beschreibung eines Anforderungsprofils und ein objektiver Kriterienkatalog für den entsprechenden Posten gefordert wird. (Forts.) gab/rr

Wiener Landtag (10)

Utl.: Personalvertretungsgesetz

15 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) LABg. HIRSCH (SPÖ) verwies darauf, daß die Postenvergabe in Wien seit vielen Jahren ausgeschrieben wird, und daß die ÖVP in der zuständigen Kommission ebenfalls vertreten ist. In einem entsprechenden Unterausschuß wurde über fünf von der ÖVP angeregte Punkte diskutiert, wobei es in der Mehrzahl zu einem Konsens kam. Durch das neue Personalvertretungsgesetz würden die Bediensteten und ihre Vertretung in die Lage versetzt, gute Politik zu machen. Das neue Gesetz enthält einen Konsens mit der ÖVP, der weit über das übliche Maß hinausgeht, schloß Hirsch. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (11)

Utl.: Personalvertretungsgesetz

16 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) In ihrem Schlußwort als Berichterstatterin erklärte StR. Friederike SEIDL (SPÖ), in Wien erfolgt die Stellenbesetzung so objektiv wie nur möglich. Zu den ÖVP-Vorstellungen über eine Objektivierung meinte Seidl, sie könne sich schwer vorstellen, die rund 7.500 Aufnahmen pro Jahr Fall für Fall durch eine eigene Kommission zu behandeln. Zur Briefwahl betonte Seidl, die Vorteile des geheimen und persönlichen Wahlrechtes würden schwerer wiegen als die geringen Vorteile des Briefwahlrechtes.

ABSTIMMUNG: Ein ABÄNDERUNGSANTRAG der SPÖ und ÖVP über weitere Verbesserungen wurde einstimmig beschlossen, die ABÄNDERUNGSANTRÄGE der ÖVP über die Briefwahl und über eine Urabstimmung zur Personalvertretungsumlage wurden abgelehnt. Ein BESCHLUSS- und RESOLUTIONSANTRAG der ÖVP über eine objektive Postenvergabe wurde dem Personalausschuß zugewiesen.

Das Personalvertretungsgesetz wurde einstimmig beschlossen.
(Schluß) sei/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

104. Geburtstag in Liesing

11 Wien, 14.10. (RK-LOKAL) Ihren 104. Geburtstag feierte am Freitag, 11. Oktober, Barbara SCHREIBER aus der Valentingasse in Liesing. Sie lebt mit ihrem Sohn - einem ihrer vier Kinder - im gemeinsamen Haushalt. Frau Schreiber hat 15 Enkelkinder und zwei Urenkel.

Am Sonntag, dem 13. Oktober, stellten sich Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Bezirksvorsteher Heinrich HABERL als Gratulanten ein. Sie überbrachten die Glückwünsche der Stadt Wien und überreichten Frau Schreiber ein Ehrengeschenk. (Schluß) pa/rr

NNNN

öVP-Wien für Transparenz bei Anstellungs- und Vergabevorgängen
17 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Die Transparentmachung der Vorgänge bei der Aufnahme von Gemeindebediensteten und der Vergabe von Gemeindewohnungen forderte die Wiener VP am Montag in einem Pressegespräch mit Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK. Zur Objektivierung der Lehrereinstellung an den Pflichtschulen und an den AHS schlägt die öVP unter anderem die Festlegung und Veröffentlichung des objektiven Bedarfs an Dienstposten durch die Schulbehörde sowie eine Punkteliste für nachweisbar besonders qualifizierte Bewerber vor.

Im Rahmen einer grundlegenden Änderung des Systems der Wohnungsvergabe für Gemeindewohnungen soll laut öVP ebenfalls ein objektives, kontrollierbares Punktesystem eingeführt werden.

Zur Überprüfung der objektiven Posten- und Wohnungsvergabe fordert die öVP die Bildung von Bürgerkommissionen. (Schluß) du/rr

NNNN